Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 5

Artikel: Staat und privates Unternehmertum in Grossbritannien
Autor: Edwards, Ronald S.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160075

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

STAAT UND PRIVATES UNTERNEHMERTUM IN GROSSBRITANNIEN

VON RONALD S. EDWARDS [1])

Behördliche Kontrollen

Während des Krieges wurde ein äußerst kompliziertes und bis in alle Einzelheiten gehendes System der staatlichen Kontrolle entwickelt. Die schwachen Unternehmungen brauchten die behördliche Genehmigung für praktisch jede Tätigkeit: zum Ankauf von Rohmaterial, zur Einstellung von Arbeitskräften, zum Erwerb von Maschinenmaterial, zum Bauen, Umbauen oder zur Erweiterung schon bestehender Fabriken, zur Aufnahme von Kapital und zum Ändern der Preise. Viele Arten Güter konnten überhaupt nur unter der unmittelbaren Aufsicht eines Regierungsdepartementes hergestellt werden, wobei die Bedingungen hinsichtlich Herstellungsform, Lieferzeit und Exportvolumen diktiert wurden.

Die Konservativen hätten wahrscheinlich die Regierungskontrolle nach Kriegsende rascher abgebaut, aber ein plötzliches Aufhören der Überwachung wäre im Jahre 1945 nicht möglich gewesen ohne deflatorische Wirkung. Dies hätte keine der beiden politischen Parteien riskiert. Da die Labourpartei an die Macht kam, ging der Abbau in sehr gemächlichem Tempo vor sich.

Im allgemeinen veränderte sich der Umfang der Kontrolle zwischen 1945 und 1948 nur wenig, ausgenommen auf dem Gebiet der Einstellung von Arbeitskräften, wo sie praktisch aufgegeben wurde. In der Handhabung der verschiedenen Kontrollen trat jedoch eine spürbare Lockerung ein und im Jahre 1948 wurden auf Veranlassung des Nationalökonomen Wilson, der Präsident des Board of Trade wurde, viele Kontrollen den berühmten «Freudenfeuern» ausgeliefert.

---

[1]) Gekürzte Fassung des Vortrages in der Universität Zürich vor dem Schweizerischen Institut für Auslandforschung am 5. Juni 1952.

Die sich langsam abzeichnende Struktur der staatlichen Lenkung ruhte damals auf vier Hauptsäulen:

a) Die *indirekte Kontrolle* der Wirtschaft durch das Budget, verbunden mit der Finanz- und Kreditpolitik als Mittel, um erstens das Gesamteinkommen durch Besteuerung, soziale Dienste, Subventionen und abgestufte Umsatzsteuern anders zu verteilen, und zweitens um bremsend oder fördernd auf Veränderungen im gesamten Nationaleinkommen, im Sparen und Investieren einwirken zu können.
b) Die *direkte Kontrolle* über Investitionen durch ein System von Rationierungen und Dringlichkeitslisten, statt alle neuen Projekte dem Wettbewerb auf dem Kapitalmarkt zu überlassen.
c) Die *Devisenbewirtschaftung* des britischen Exportes und die Kontrolle der Importe durch quantitative Einschränkungen.
d) Ein komplexes System von halb freiwilligen Regelungen mit Firmen, durch welches diese gehalten werden, nach der von der Regierung festgelegten Politik zu handeln, zum Beispiel in der Frage des Prozentsatzes der für den Export bestimmten Güter.

Mit der neuen Last der Wiederaufrüstung und dem Auftauchen besonderer Mangelerscheinungen ist auch das Kontrollsystem für gewisse Materialien wieder eingeführt worden, besonders für Schwefel, nicht eisenhaltige Metalle und Stahl. Wenn sich die Lage ändert, wird diese Kontrolle wieder aufgehoben werden. Für die nahe Zukunft dürfte es wohl keine Möglichkeit für irgendeine Firma geben, mit Sicherheit zu sagen: «Wir brauchen keine behördlichen Genehmigungen und es besteht auch keine Aussicht, daß wir in Zukunft solche benötigen. Wir können Material anschaffen und unsere Produktion gestalten, wie wir es für gut finden, und unsere Waren verkaufen, ohne irgendeinen Beamten um etwas bitten zu müssen oder um Rat zu fragen». Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, zu untersuchen und zu prüfen, wie die Maschine der Beziehungen zwischen Regierung und privater Wirtschaft tatsächlich funktioniert.

Das Funktionieren behördlicher Kontrollen

Um diesen Mechanismus zu prüfen, ist es zunächst notwendig, einiges über das Funktionieren der verschiedenen Kontrollen zu sagen. Kapitalemissionen mögen als Beispiel dienen. Jede neue Emission, die den Betrag von £ 50 000 überschreitet, erfordert die Genehmigung des Schatzamtes. Die Gesuche werden von der Zu-

lassungsstelle für Neuauflagen von Kapitalien geprüft, die jeden einzelnen Fall an das betreffende Regierungsdepartement weiterleitet, um dessen Ansicht zu erfahren, ob es angezeigt sei, dem Gesuch zu entsprechen oder nicht. Das Departement entscheidet auf Grund des Prioritätsprinzips. Der gegenwärtige Schatzkanzler *Butler* hat hiezu folgende Weisung erlassen:

> «Eindeutige Priorität sollte jenen Projekten eingeräumt werden, die eindeutig mit dem Aufrüstungsprogramm in Beziehung stehen und dieses fördern helfen; ferner jenen, die den Export nach den von uns gewünschten Märkten stimulieren, d. h. jenen, die unsere Importe, besonders aus dem Dollarraum, beschränken helfen, und jenen, die dazu beitragen, Erleichterung auf dem Gebiet der Hauptmangelwaren, besonders der Rohmaterialien, zu schaffen. Andere Projekte, die nach Ansicht der Zulassungsstelle entschieden zur Gesundung der Wirtschaft beitragen können, durch technische Weiterentwicklung der industriellen Produktionszweige und wirksamere und rationellere Verwertung der zur Verfügung stehenden Mittel, sollten ebenfalls Berücksichtigung finden. In allen übrigen Fällen sollte die Zulassungsstelle jedes einzelne Gesuch einer strengen Prüfung unterziehen und alle jene Projekte ausschließen, deren Ergebnisse in keinem Verhältnis zur Knappheit der vorhandenen Mittel steht. Im besonderen sollten alle jene Gesuche abgelehnt werden, die sich auf Projekte zur Herstellung nicht lebenswichtiger Güter beziehen, speziell sofern diese hauptsächlich für den Inlandkonsum bestimmt sind und die Verwendung von Metallen einschließen».

Die Banken sind ebenfalls vom Schatzkanzler angewiesen worden, bei der Gewährung oder Verweigerung von Krediten ähnliche Gesichtspunkte anzuwenden.

Ist die Errichtung einer Fabrik geplant, wird das Gesuch ebenfalls einer ähnlichen Prüfung unterzogen, und zwar ganz gleichgültig, ob dazu neues Kapital oder Bankkredite benötigt werden oder nicht. Die Untersuchung über die Wünschbarkeit und Dringlichkeit eines solchen Projektes wird noch durch die Prüfung der Frage kompliziert, ob es dazu beiträgt, die industrielle Potenz jener Gebiete zu heben, die vor dem Krieg besonders unter Arbeitslosigkeit litten.

Der Begutachtungsmechanismus funktioniert langsam. Dies soll keine Kritik an den einzelnen Departementen sein, denn selbst bei größter Tüchtigkeit und Hingabe erfordert das Sammeln und die Prüfung von Informationen sowie der Ausgleich sich widerstrebender Interessen viel Zeit. Tatsächlich konnten in vielen Fällen rasche Entscheide nur gefällt werden, wenn die zuständigen Beamten ihre Pflicht nicht voll erfüllten. Das ist natürlich ein schwacher Trost für den auf rasche Ausführung drängenden Industriellen.

Die Erlangung eines befriedigenden Entscheides wird weiter durch die Tatsache kompliziert, daß der Industrielle oft nicht nur eine, sondern mehrere Bewilligungen benötigt, die, von seinem Standpunkt aus gesehen, alle gegenseitig voneinander abhängig sind. Die

Bewilligung zum Bau einer Fabrik kann völlig wertlos sein, wenn der Betreffende nicht zugleich auch die Genehmigung zum Ankauf bestimmter Werkzeugmaschinen erhält, die nur in den USA hergestellt werden, oder zum Ankauf von Rohmaterialien, die als Mangelware der Rationierung unterliegen.

Während und seit dem Krieg haben die Departemente Abteilungen und Zweigstellen eingerichtet, deren Hauptarbeit darin besteht, auf bestimmte Industrien «aufzupassen», ihre Interessen beim Rennen nach rationierten Waren zu überwachen, ihnen die Politik der Regierung zu interpretieren, ihre Probleme anzuhören, ihnen Hilfe angedeihen zu lassen, wo es möglich ist, und ihnen Trost zu spenden, wenn keine Hilfe gewährt werden kann.

Diese «Produktionsämter» haben eine Reihe von Pflichten, die man leichter beschreiben als definieren kann. Wenn das von der Industrie gebrauchte Rohmaterial Mangelware ist und einer Quotenregelung unterliegt, muß das totale Quantum, auf das eine bestimmte Industrie Anspruch hat, geschätzt werden, und es muß eine Methode ausgearbeitet werden, nach welcher die Zuteilung an die einzelnen Firmen vollzogen wird, so daß jede ihren gerechten Anteil erhält. Kein Mensch kann eine Methode ausdenken, die alle Betroffenen in jeder Beziehung zufriedenstellen könnte. Jemand muß aber einen Entscheid fällen. Das Produktionsamt zieht Informationen ein über die Mengen, die eine Industrie benötigt, gewöhnlich durch eine Umfrage beim Industrieverband. Dann wird die erhaltene Zahl den zur Verfügung stehenden Mengen angeglichen, wobei in Rechnung gesetzt wird, daß einerseits die von der Industrie errechneten Zahlen bestimmt übertrieben sind, und anderseits fast mit gleicher Sicherheit damit gerechnet werden muß, daß die Regierungskommission Abstriche vornehmen wird, wie auch immer diese Zahl lauten möge. Schließlich erhält das Produktionsamt wahrscheinlich eine Quote, die geringer ist als die von der Industrie geforderte, und muß nun entscheiden, wie diese unter die Bewerber aufzuteilen ist. Nach welchem Grundsatz auch immer die Verteilung vorgenommen wird, wird es immer einige unzufriedene Firmen geben, die nun über das Amt herfallen, vielleicht sogar über den Minister oder das Parlamentsmitglied ihres Wahlkreises. Die Beamten haben sich nicht über Mangel an Arbeit zu beklagen und während sie sich mit den Folgen einer Zuteilung herumschlagen, müssen sie die nächste vorbereiten.

Gleichzeitig kann es vorkommen, daß mit einem anderen Land Verhandlungen über einen bilateralen Handelsvertrag stattfinden; dann instruiert das Produktionsamt die Beamten, welche die Verhandlungen führen, um für einen bestimmten Industriezweig einen «gerechten» Anteil für die von ihm gewünschten Produkte auf dem Markt des anderen Landes sicherzustellen. Solche und ähnliche An-

gelegenheiten sind verbunden mit Verhandlungen mit der Industrie, mit Rapporten von Zweigstellen aus der Provinz, mit Diskussionen mit anderen Regierungsdepartementen und mit Abteilungen im gleichen Departement. Dazu besichtigen die Beamten des Produktionsamtes noch Fabriken, um etwas über die besondere Arbeitsweise der Industrie zu erfahren. Sie lernen dabei die maßgebenden Persönlichkeiten kennen und werden vertraut mit Strömungen und Gegenströmungen von Sympathien und Antipathien, Rivalitäten und Verbindungen, und keine Gelegenheit wird verpaßt, um mit Schmeicheln, mit gutem Zureden und mit Ermahnungen die Steigerung der Produktion und damit den Erwerb fremder Devisen zu fördern.

Dies ist nicht etwa eine Karikatur eines solchen Amtes, sondern vermittelt ein kurzes und allgemeines Bild seiner Tätigkeit. Ein Regierungsbeamter erklärte einmal:

> «Der Leiter eines Produktionsamtes ist ein Mann mit einem Januskopf. Denn gleich wie er der Industrie die Politik seiner Vorgesetzten übermittelt und in alle Einzelheiten erläutert, so vermittelt er auch die Auffassungen und Ansichten der Industrie und informiert die Regierung über die Ansprüche auf einen gerechten Anteil an dem, was gerade zur Diskussion steht. Er wird gewissermaßen zum Vertreter und Verteidiger industrieller Interessen innerhalb des Regierungsapparates. Um ihretwillen läßt er sich sogar auf einen Kampf zwischen den Departementen ein. Er versucht, möglichst viel für den ihm unterstellten Industriezweig zu erhalten, handle es sich nun um Zuteilungen knapper Rohstoffe, um Ansprüche auf Investitionsmittel oder um Vorteile auf andern Gebieten der Regierungspolitik. Auf diese Art ist gleichsam im Zentrum der Regierung ein fein abgewogenes System aufgebaut worden, nach welchem alle Interessen gebührend vertreten sind: Kleiderhakenfabrikanten, Bootbauer, Autoindustrielle, Polsterer, Whiskyfabrikanten und Speckverarbeiter wahren ihre Interessen nicht nur durch ihre eigenen Organisationen außerhalb des Regierungsapparates, sondern sind auch innerhalb der Regierung durch die entsprechenden Produktionsämter vertreten».

Nicht alle Regierungsbeamten sind jedoch so intelligent, wie der Verfasser der eben zitierten Zeilen! Es ist für eine Industrie eine ernste Angelegenheit, wenn der Beamte, der ihren Produktionszweig leitet, seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. In gewissem Sinne ist er ja der Diener der Industrie, die jedoch keine Möglichkeit hat, dafür zu sorgen, daß er tüchtig ist, oder daß er entlassen wird, wenn er es nicht ist.

Ich zweifle, ob Leute, die keine Erfahrung auf diesem Gebiete haben, sich eine richtige Vorstellung machen können, wie eng, formlos und freundschaftlich die Beziehungen zwischen Behörden und Industriellen in Großbritannien gewöhnlich sind. Während des Krieges und seither hat sich ein außerordentlich hoher Grad von Bereitwilligkeit herausgebildet, mit den Regierungsdepartementen zusammenzuarbeiten, um den von der Regierung gewünschten Kurs ein-

zuhalten. Die Absichten der Regierung sind oft zu allgemein und unbestimmt, um in klar und exakt formulierten Gesetzen, Verordnungen und Weisungen festgehalten zu werden, obwohl diese natürlich im Bedarfsfall der Regierung eine rechtliche Handhabe bieten würden, um ihren Willen durchzusetzen. Die Festsetzung der Höchstpreise, die jetzt auf weiten Gebieten aufgegeben worden ist, war ein ausgezeichnetes Beispiel für das eben Gesagte. Der gleiche oben zitierte Beamte schrieb:

> «Die Preiskontrolle ist zum guten Teil durch eine Mischung von Verständigung, Überredung, Schmeichelei und Bluff ausgeübt worden. Ich behaupte, daß dieser Teil der Arbeit bei der Preiskontrolle eine mindestens ebenso wichtige Rolle gespielt hat wie das formelle Recht. Von allen Waffen, die im Kampf gegen die inflationistischen Tendenzen verwendet worden sind, einschließlich Besteuerung, Rationierung, Produktionskontrolle, freiwillige Sparkampagne und Preiskontrolle, würde ich persönlich die formalrechtliche Preiskontrolle als Faktor im Kampf am niedrigsten einschätzen. Sehr hoch würde ich dagegen den Durchschnitt der Bemühungen von Handel, Gewerbe und Industrie bewerten, im Sinn und Geiste der Gesetzgebung zu handeln und sich nach ihm zu richten, denn die Gesetzgebung vermochte natürlich nicht die Tausende von Einzelfällen und Varianten unseres hochentwickelten Industrie- und Handelssystems zu erfassen».

Ein weiteres Beispiel der Zusammenarbeit von Industrie und Regierungsämtern findet man trotz bestehender formeller Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Exportquoten. Als die organisierte Exportförderung einsetzte, wurde die Exportquote, die eine Firma erreichen mußte, gewöhnlich in Prozenten der Totalproduktion festgelegt. Selbst dort, wo die Interessen einer Firma mehr in der Erweiterung des Inlandmarktes lagen, war die Bereitwilligkeit, im Sinne der Regierungspolitik vorzugehen, im allgemeinen erstaunlich groß, obwohl gegen Firmen, welche die gesteckten Ziele in der Ausfuhr nicht erreichten, selten Vergeltungsmaßnahmen ergriffen wurden.

Diese Bereitwilligkeit, mit den Regierungsdepartementen zusammenzuarbeiten, die in der britischen Industrie so ausgeprägt erscheint, ist sicher lobenswert. Sie kann aber auch ein Symptom für eine Mentalität sein, die weniger Ursache zur Genugtuung gibt.

Ob Baubewilligungen, Bewilligungen zum Ankauf von Material, Importlizenzen oder andere Genehmigungen erteilt werden, hängt letzten Endes von den Regierungsdepartementen oder den Ministern ab. Solange es gesetzliche Bestimmungen gibt, durch deren Vollstreckung und Interpretation der Regierungsbeamte einem Industriellen das Leben angenehmer oder beschwerlicher machen kann, kann es sich der Industrielle nicht leisten, den Beamten oder dessen Vorgesetzten zu verletzen, selbst in Angelegenheiten, die mit dem Gesetz direkt nichts zu tun haben. Wenn sich zum Beispiel eine

Firma bemüht, die Bewilligung zum Bau einer Fabrik in Birmingham zu erhalten, wäre es unklug von ihr, das Ersuchen des Beamten zu mißachten, ihre Ausfuhr nach den Dollargebieten zu steigern, obwohl es nicht in seiner Macht steht, die Firma dazu zu zwingen.

Die Beibehaltung der Kontrolle über *gewisse* Teile des Geschäftslebens gibt also den Ministern und ihren Beamten tatsächlich auch die Macht über die *anderen* Teile. Das schadet wahrscheinlich nicht viel, wenn nicht eine Dauereinrichtung entsteht. Die Regierung ist bemerkenswerterweise frei von Korruption. Sie darf stolz sein auf ein Beamtentum, dessen Macht und Einfluß klug und anständig ausgeübt wird. Jene Leute aus der Industrie, die häufig mit den Ämtern zu tun haben, würden zum größten Teil bezeugen, daß im Rahmen der Regierungspolitik die Beamten gewöhnlich alles tun, was in ihrer Macht steht, um Unternehmungsgeist und Initiative zu fördern. Aber auf die Dauer könnten sich diese engen Beziehungen doch als verderblich und dem Unternehmungsgeist abträglich erweisen, da sie doch teilweise auf der Macht der Beamten beruhen, die für ein Geschäft notwendigen Mittel zu gewähren oder zu verweigern.

Die Kommission gegen Monopole und Wettbewerbsbeschränkungen

Am Ende des Krieges waren die beiden politischen Hauptparteien darüber einig, daß etwas auf dem Gebiet der Monopole geschehen sollte. Natürlich wollte die Labour Party nichts unternehmen, was die Macht der Gewerkschaften beschränkt haben würde. Außerdem weigerte sie sich, zuzugeben, daß mit den Monopolen irgendetwas nicht stimmen könnte, wenn sie einmal verstaatlicht seien. Überdies waren weder die Sozialisten noch die Konservativen bereit, die Wettbewerbsbeschränkung, selbst wenn sie von Privaten ausgeubt würde, grundsätzlich als eine Maßnahme zu betrachten, die notwendigerweise schlecht sein müsse; es hing alles davon ab, wie die Macht ausgeübt wurde.

Schließlich wurde im Jahre 1948 ein Gesetz verabschiedet, das keine Bestimmung enthält, welche die Monopole als solche als ungesetzlich stempeln würde, das aber die Bildung einer Kommission für Monopole und Wettbewerbsbeschränkungen vorsah, der die Regierung besondere Industrien zur Prüfung und Untersuchung zuweisen kann. Es ist die Aufgabe dieser Kommission, in Fällen, in denen ein Drittel oder mehr des Gesamtgeschäftes einer Industrie in den Händen einer Firma oder einer Gruppe zusammenarbeitender Firmen liegt, die Formen der angewendeten Einschränkungen des Marktes und ihre Wirkung auf das Allgemeininteresse zu untersuchen. Auf

Ersuchen des Board of Trade hat die Kommission geeignete Maßnahmen zu empfehlen, Übelstände abzuschaffen, die sich bei ihren Untersuchungen gezeigt haben, und ersteres hat die Vollmacht, durch Erlaß besonderer Verordnungen diese Übelstände aus der Welt zu schaffen.

Damit die Kommission ihre Aufgabe richtig erfüllen könnte, hätte im Gesetz eine Definition des Begriffes «Allgemeininteresse» gegeben werden sollen. Die Regierung hat tatsächlich zugegeben, daß sie versuchte, den Begriff zu definieren, ihr dies aber nicht gelungen ist. Das Ergebnis ist, daß die Kommission und die Regierung in Wirklichkeit jedesmal ein Gesetz schaffen, wenn die Kommission ihre einzelnen Untersuchungen abgeschlossen hat. Besonders anfechtbar ist die Tatsache, daß ein auf diese Art zustande gekommenes Gesetz gewissen Industrien verbietet, etwas zu tun, was anderen immer noch gestattet ist. Die erste Industrie, über welche die Kommission Untersuchungen anstellte, stellte Artikel zur Zahnpflege her. Es bestanden einschränkende Vereinbarungen über Verkaufs- und Wiederverkaufspreise mit Ausschließlichkeitsverträgen, verbunden mit Sanktionen zwischen Produzenten und Händlern. Diese Abmachungen sind nun auf Grund des Gesetzes als ungesetzlich erklärt worden. Mag dies an sich richtig sein, muß es doch als stoßend empfunden werden, daß dieselben Praktiken in anderen Industrien noch erlaubt sind ganz einfach deshalb, weil diese Industrien noch nicht untersucht worden sind.

Die neue Regierung hat angekündigt, daß sie sich Vollmachten verschaffen werde, um die Tätigkeit der Monopolkommission zu stärken und zu erweitern. Der einzig richtige Ausweg aus der Schwierigkeit dürfte wohl darin bestehen, gewisse Marktvereinbarungen als ungesetzlich zu erklären, und zwar in allen Industrien, mit der einschränkenden Klausel, daß in jenen Fällen, in denen eine Industrie zur Zufriedenheit der Kommission nachweisen kann, in ihrem Fall würde die Abschaffung einer besonderen Regelung dem Allgemeininteresse zuwiderlaufen, dieser Industrie vorläufig gestattet werden soll, ihre restriktiven Praktiken beizubehalten.

Institutionen für Erziehung, Ausbildung und Forschung

In der Nachkriegsperiode waren die britischen Regierungen sehr aktiv auf dem Gebiet der Erziehung und Forschung. Die Universitätsausbildung hat eine starke Erweiterung erfahren; besonders die technischen Abteilungen wurden sehr gefördert und von der Regierung finanziell unterstützt. Das war dringend nötig, um einen schwer-

wiegenden Mangel im industriellen Rüstzeug des Landes zu beheben. In den Zwischenkriegsjahren hat die Schweiz für die Erziehung und Ausbildung der jungen Leute viel mehr getan als Großbritannien [2]).

Neue Finanzinstitutionen

Auf dem Gebiet der Finanzen hat die Regierung ebenfalls dafür gesorgt, daß neue Institutionen gegründet wurden, mit dem Ziel, zur Entwicklung der Privatindustrie beizutragen. Zum Teil hat sie selber solche Gründungen ins Leben gerufen.

Bis anhin waren neue Industrien stark auf privates Kapital angewiesen. Aber Strafzuschläge auf Erbschaftssteuern, Einkommensteuern, Ertragssteuern auf hohe Einkommen, Gewinnsteuern und die neue Übergewinnsteuer haben dieser Kapitalquelle in Großbritannien schwer zugesetzt. Der Kapitalist mit einem Bruttoeinkommen von sagen wir £ 50 000 im Jahr hat nach Bezahlung der Einkommens- und Sondersteuern wenig mehr als £ 5000 übrig. Wenn er beim Tod £ 1 000 000 hinterläßt, schöpft der Staat £ 750 000 in Form von Erbschaftssteuern ab. Es ist deshalb klar, daß das Angebot von Privatkapital für riskante Projekte nur noch einen Bruchteil der Beträge bildet, die früher zur Verfügung standen. Die andere Hauptquelle des Spekulationskapitals, nämlich die Profite, die von den Industriegesellschaften wieder im Geschäft investiert wurden, sind ebenfalls arg getroffen worden. Heute gibt es Gesellschaften, die bis zu 70 % Steuern zahlen.

Die Regierung muß sich deshalb bemühen, durch ihre Fiskalpolitik und durch besondere Institutionen die Rolle zu spielen, die früher der Privatkapitalist spielte. So förderte sie die Gründung der «Finanzierungsgesellschaft für die Industrie» mit einem Kapital von £ 25 Mio, gezeichnet von den Versicherungsgesellschaften, den Investmenttrusts und der Bank von England. Diese Institution wurde zur Unterstützung der Bemühungen zur raschen Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Großindustrien ins Leben gerufen. Ihre größten Investierungen sind der Stahlindustrie zugute gekommen. Weitere Gelder flossen in neue, auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaute Industrien, wie zum Beispiel die Petrochemicals AG. Diese «Finanzierungsgesellschaft» wird wahrscheinlich bei der Finanzierung solcher Industrien eine permanente Rolle spielen, die im Interesse der optimalen Ausnützung der Betriebsgröße gezwungen sind, trotz des damit verbundenen Risikos, große Fabrikanlagen zu bauen.

---

[2]) Vergl. hiezu Artikel «Die Organisation der industriellen Forschung» in Nr. 1297 und 1303 der N.Z.Z. vom 14. Juni 1951.

Zweitens förderte die Regierung die Gründung der «Finanzierungsgesellschaft für Industrie und Handel» mit einem Kapital von £ 15 Mio, das von den Banken aufgebracht wurde. Ihre besondere Aufgabe ist die Bereitstellung von Kapital für die Entwicklung und Erweiterung kleiner und mittlerer Betriebe. Nach siebenjähriger Tätigkeit betragen ihre Investierungen und Kredite beinahe £ 24 Mio mit 383 Klienten in über 50 verschiedenen Industrien.

Eine dritte finanzielle Institution, die seit dem Krieg ins Leben gerufen worden ist, ist die «Nationale Gesellschaft zur Förderung der Forschung», die von der Regierung bis zu £ 5 Mio beziehen kann. Ihre Aufgabe ist die Entwicklung und Ausbeutung von Erfindungen, die sich aus den Forschungsarbeiten der Regierung ergeben haben, oder irgendwelcher anderer britischer Erfindungen, die nach Ansicht der Gesellschaft nicht genügend ausgebaut oder ausgebeutet werden.

Ohne Zweifel leisten alle drei Institutionen ihre wertvolle Arbeit, was aber nicht zu unangebrachter Selbstzufriedenheit verleiten sollte. Ein in der britischen Wirtschaftslage der Gegenwart sehr ernst zu nehmender Faktor ist die Abneigung, der Wahrheit, auch wenn sie politisch unangenehm ist, ins Gesicht zu sehen. Wenn unsere Industrie ein hohes Maß von Anpassungsfähigkeit und eine ausreichende Kapazität besitzen muß, um uns vor Hunger zu bewahren, so muß das Angebot an Risikokapital unbedingt gefördert werden, damit Wagemut und Unternehmungslust nicht lahmgelegt werden. Wenn wir einmal sicher sein können, daß Sir Frank Whittle, der Erfinder einer Maschine, die vielleicht in der Zukunft die Gasturbine ersetzt, eine Chance hat, Geldgeber zur Weiterführung seiner Experimente zu finden, dann können wir wieder viel beruhigter in die Zukunft blicken. Es erscheint zweifelhaft, ob die drei erwähnten Institutionen, wie klug und energisch ihre Leiter auch sein mögen, einen gleichwertigen Ersatz für die große Zahl von Privatkapitalisten bilden, die früher die britische Industrie fördern halfen. Diese letzteren verließen sich ganz auf ihr eigenes Urteil und waren nur sich selbst oder einer Gruppe von Aktionären gegenüber verantwortlich.

Wir haben noch keinen Weg zur Finanzierung der Industrie gefunden, der dem früheren ebenbürtig wäre. Auch haben wir bis heute noch keinen Weg gefunden — und werden sehr wahrscheinlich auch keinen finden — zur Aufrechterhaltung industrieller Investierungen, während wir gleichzeitig die Quellen der Ersparnisse wegsteuern und sie für soziale Zwecke oder zur Konsumtion verwenden. Es ist besonders beunruhigend, daß die neue Regierung der bereits bestehenden Steuerlast noch die Übergewinnsteuer hinzugefügt hat, die Tüchtigkeit und Unternehmungsgeist vernichtend trifft und die fast ganz aus den Gewinnen der Industrie bezahlt wird, Beträgen,

die sonst zur weiteren Förderung der Industrie zur Verfügung gestanden hätten. Was zur Wiederaufrichtung der britischen Wirtschaft vor allem nottut, ist gerade das Gegenteil der verheerenden Maßnahme, Geschäftsgewinne mit Sondersteuern zu belegen.

Verbandswirtschaft und Beratungsstellen zur Förderung und Entwicklung der Industrie

Es gibt noch eine weitere Nachkriegserscheinung, die erwähnenswert ist. Während des Krieges und seither hat sich die Macht und das Ansehen der Verbände gewaltig erhöht, weil die Regierung sie als ein äußerst bequemes und praktisches Verbindungsglied zwischen Behörden und Einzelfirma betrachtet. Durch die Verbände konnten sie sich beraten lassen über die Organisation der Industrie, über ihre Probleme und über die von der Regierung geplanten Aktionen. Sie waren ein geeignetes Mittel zur Weiterleitung von Weisungen der Regierung, besonders solcher, die nicht gesetzlich verankert und für die keine Sanktionen vorgesehen waren. Sie waren ein bequemes Instrument zur Ausübung von Kontrollen. So sind in einer Anzahl von Fällen die Verbände der Mechanismus, durch den Importkontingente und Materialzuteilungen laufen.

Daher ist es für eine Firma immer unvorteilhafter geworden, außerhalb ihres Verbandes zu bleiben, selbst wenn ihr die genossenschaftlichen Dienste des Verbandes nicht viel nützen. Ist der Verband das Sprachrohr der Industrie bei der Regierung, und hat die Regierung auf die eine oder andere Art die Macht, das Schicksal des einzelnen Unternehmens zu beeinflussen, dann hat dieses ein Interesse, bei der Gestaltung der Politik des Verbandes mitzureden. Die Lage des Einzelgängers, das heißt der Firma, die ihre eigenen Wege gehen will und vielleicht gegen die Interessen der Mehrheit handeln möchte, wird auf diese Art geschwächt.

Nach dem Krieg organisierte das Board of Trade (Handelsministerium) sogenannte Berufsgemeinschaften (Working Parties), die den Problemen und der Organisation einer Anzahl Industrien nachzugehen hatten. Diese Gruppen setzten sich zusammen aus unabhängigen Mitgliedern, aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. 1947 wurde ein Gesetz angenommen (Industrial Organisation and Development Act), das es der Regierung ermöglichte, sogenannte Beratungsstellen für den Ausbau und die Entwicklung der Industrien für jene Gewerbezweige zu bilden, in denen sich ein großer Teil der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dafür ausgesprochen hatte. Die Arbeit dieser Organisation sollte aus obligatorischen Beiträgen der Firmen der betreffenden Industrie finan-

ziert werden und ihre Funktionen sollten sich über folgende Gebiete erstrecken: Forschung, Maßnahmen zur Verbesserung der Entwürfe für Industrieprodukte, Förderung der Produktion und des Marktes von Standardprodukten, Förderung der Ausbildung des Personals der Industrie, Vervollkommnung der Vereinbarungen über genossenschaftliche Lieferungen von Material und Ausrüstung, Koordinierung der Produktion und der Verteilung der Industrieprodukte. Sogar die Reklame konnte in ihre Tätigkeit einbezogen werden.

Diese Vorschläge sind noch nicht weitgehend in die Praxis umgesetzt worden. Obwohl sich die Opposition nur allmählich bemerkbar machte, wurde sie rasch stärker, als die Regierung mit den Arbeitgebern zwecks Bildung dieser Berufsgemeinschaften in den einzelnen Industrien ins Gespräch kam. Außer dem «Cotton Board», der 1940 in der Baumwollindustrie gebildet und 1948 ohne Opposition zu einer Beratungsstelle umgewandelt wurde, gibt es ähnliche Organisationen für die Möbelindustrie, die Juwelier- und Silberwarenindustrie. Die konservative Regierung wird wahrscheinlich der Industrie keine weiteren Berufsgemeinschaften aufnötigen, aber jede zukünftige Labourregierung wird bestimmt die Macht der bestehenden stärken und weitere ins Leben rufen.

Die Einwände gegen diese Organisationen drehen sich alle um die Befürchtung, die Regierung könnte sich noch mehr in die Unternehmungen einmischen, und den Verdacht, das könnte der erste Schritt zur Verstaatlichung sein. Auch das Eindringen außerhalb der Betriebe stehender Personen in Form unabhängiger Sachverständiger wird von der Industrie sehr ungern gesehen. Gegen die recht gefährliche Zwangsmitgliedschaft war die Opposition überraschenderweise schwach; sie erhielt sogar eine gewisse Unterstützung vom Britischen Industrieverband. Die Gefahr eines immer mehr um sich greifenden Restriktionismus wurde kaum erwähnt. Und doch ist eine Organisation, von der sich keine Firma fernhalten kann, die die Macht hat, Beiträge durch Zwang zu erheben, in der Arbeitgeber und -nehmer vertreten sind, offensichtlich ein fruchtbarer Boden für das Wachstum unternehmungshemmender Praktiken. Es schafft ein Klima, in dem die Auffassungen der Minderheit schwerlich Gehör finden. Solche Gremien sind ganz recht auf dem Papier; sie machen einen ordentlichen Eindruck und lassen das Gefühl aufkommen, daß etwas geplant wird. Aber die Erhöhung des Lebensstandards kommt nicht durch auf dem Papier stehende Organisationen zu Stande, sondern durch Erfindungsgeist und Unternehmungslust. Das ganze Bestreben in dieser Richtung ist als Ausdruck des in Britannien weitverbreiteten Glaubens zu werten, daß, wenn nur erst einmal der richtige Organisationstypus entdeckt sei, dies die Lösung vieler unserer Nöte bringen werde.

Schlußfolgerung

Das in den letzten Jahren entstandene enge Netz der Beziehungen zwischen Behörden einerseits und gewerblichen Organisationen und Privatfirmen anderseits ist tatsächlich noch zu neu, als daß man genau bestimmen könnte, welche Wirkung es auf die Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit ausüben wird. Die Befürchtungen gehen dahin, daß es die Entwicklung von Wagemut und Unternehmungsgeist hindern wird, die zum Aufbau neuer Industrien nötig sind, und dazu beiträgt, daß wir über unsere Verhältnisse leben, namentlich in alteingesessenen Wirtschaftszweigen, die mit alter Ausrüstung, alten Methoden und alten Ideen arbeiten. Dies soll aber nicht den Glauben erwecken, daß Großbritannien einen Weg geht, auf dem es kein Zurück gibt. Wir stehen zu Recht im Ruf, uns anpassen zu können und unsere Institutionen und unsere Einstellung so abändern zu können, daß sie unseren wirklichen Bedürfnissen entsprechen. Sogar unsere Vorlage für Zusammenarbeit, im Gegensatz zur Konkurrenz, kann sich als Quelle der Kraft erweisen, obwohl sie ernste Gefahren in sich birgt. Sie wird uns vielleicht instand setzen, unsere politische und soziale Einheit zu bewahren, wenn wir in den kommenden Jahren unter dem Druck und der Anstrengung leiden, die der Kampf gegen Mangel und Arbeitslosigkeit mit sich bringen wird.